Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3.70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 277 — Halver, Mittwoch, 30. November 1955 — 1955

Mit 318 gegen 218 Stimmen

Regierung Faure wurde gestürzt

Paris rechnet mit Auflösung der Nationalversammlung - Anstrengende Gespräche in der Nacht

dmt. Paris, 30. November

Die Regierung Faure ist am Dienstagabend mit 318 gegen 218 Stimmen gestürzt worden. Da mit dieser Entscheidung zum zweiten Mal innerhalb von 18 Monaten ein Kabinett mit absoluter Mehrheit zu Fall gebracht wurde, gibt die Verfassung die Möglichkeit zur Auflösung des Parlaments. Sollte das der Fall sein, dann müssen spätestens innerhalb dreißig Tagen — das heißt also noch im Dezember — Neuwahlen stattfinden.

Bis in die frühen Morgenstunden hinein führte der gestürzte französische Ministerpräsident Faure zahlreiche Gespräche mit den wichtigsten Politikern des Landes, in erster Linie mit Staatspräsident Coty über eine eventuelle Auflösung der Nationalversammlung. Eine Entscheidung ist bisher nicht gefallen. In Paris rechnet man jedoch damit, daß der Ministerrat, der für Mittwochnachmittag zu einer Sondersitzung einberufen wurde, sich unter Berufung auf den einschlägigen Paragraphen der französischen Verfassung für die vorzeitige Ausschreibung von Wahlen einsetzen wird.

Angesichts der seit Wochen anhaltenden scharfen Auseinandersetzungen um die von Ministerpräsident Faure ohnehin bereits geplante vorzeitige Auflösung der Nationalversammlung und in Anbetracht der tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform ist jedoch die politische Lage in Paris zur Zeit völlig verworren. Ein beträchtlicher Teil der Abgeordneten lehnt deshalb die Auflösung des Parlaments zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Auch Ministerpräsident Faure und Staatspräsident Coty sollen jetzt zu der Auffassung neigen, daß es besser wäre, die Neuwahlen erst mit Ablauf der im Sommer endenden Legislaturperiode abzuhalten. Ob es jedoch Faure gelingt, sich im Ministerrat durchzusetzen, bleibt fraglich, zumal sich die Radikalsozialisten — Partei Faures — in der Vertrauensabstimmung teils für, teils gegen die Regierung ausgesprochen hatten, so daß mit ähnlichen Meinungsverschiedenheiten auch unter den radikalsozialistischen Ministerkollegen Faures zu rechnen ist.

Der Sturz des 21. Nachkriegskabinetts hat weder in Paris noch im Ausland überrascht. Offiziell wurde aber in den westlichen Ländern bisher keine Stellung zu den Vorgängen in der Nationalversammlung bezogen. Lediglich in London bedauerten offiziöse Kreise den unvermeidlich gewordenen Rücktritt der französischen Regierung, die sich unter anderem auch „in der Saarfrage und in den Beziehungen zur deutschen Bundesrepublik besonders konziliant" erwiesen habe.

Noch kein Mißtrauensantrag gegen Dehler

FDP-Fraktion antwortet dem Kanzler — CDU fordert mit Nachdruck Klarheit

br. Bonn, 29. November

Die Koalitionskrise in Bonn ist auch am Dienstag nicht beigelegt worden. Die FDP-Bundestagsfraktion beriet den ganzen Tag über die Antwort auf das Schreiben des Bundeskanzlers, in dem eine Erklärung über die außenpolitische Haltung der Partei auch für die Zukunft gefordert worden war. Nach Angaben eines Sprechers der FDP ist eine Entscheidung darüber, ob Dr. Dehler Parteiführer bleibt oder nicht, am Dienstag nicht getroffen worden. Es liege auch kein Mißtrauensantrag gegen ihn vor. Ob Dehler Fraktionsführer bleibt, soll der am 10. Januar turnusmäßig fälligen Neuwahl des Fraktionsvorstandes überlassen bleiben.

Der Brief der FDP-Fraktion an den Bundeskanzler lautet: „Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Ihr Schreiben vom 22. November beantworte ich auf Grund eines einstimmigen Beschlusses meiner Fraktion wie folgt: Seit der Verabschiedung der Pariser Verträge hat sich an der Haltung der Fraktion der Freien Demokraten zu diesen Verträgen nichts geändert.

Die zweite Frage Ihres Schreibens berührt die Grundsätze unserer Demokratie, der Verfassung und des Wesens einer Koalition. Die Fraktion der Freien Demokraten hält es nicht für angängig, diese Probleme in einem Briefwechsel zu erörtern, der in diesen Formen unter Koalitionspartnern nicht üblich ist. Ein Gespräch ist von meiner Fraktion bei Ihnen wiederholt angeregt worden. Sie wiederholt diese Anregung.

Mit ausgezeichneter Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener Thomas Dehler."

Für die CDU/CSU-Fraktion forderte deren Vorsitzender Dr. Krone eine klare Antwort der FDP auf die Frage Adenauers, ob sie bis zu der Neuwahl des Bundestags 1957 die Koalitionspolitik unterstützen wolle. Die FDP habe den Brief des Bundesaußenministers offenbar falsch verstanden, wenn sie annehme, daß das Schreiben einen Brükkenschlag bedeuten sollte.

Bulganins Wagen brach zusammen

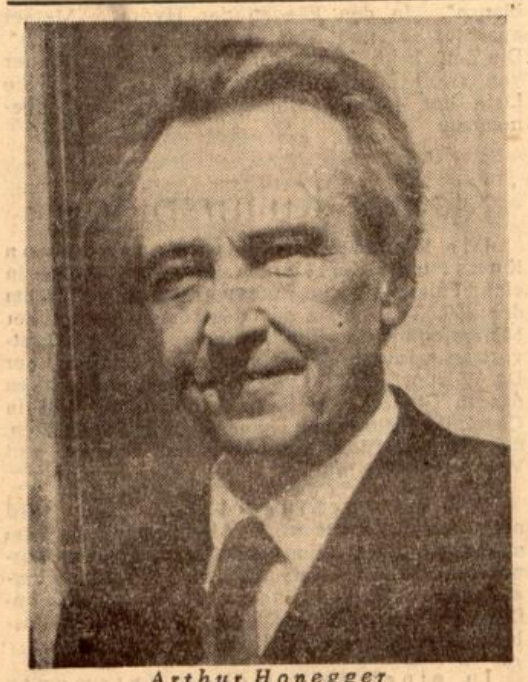
Eine Million Inder umjubelten die Sowjets — Großer „Theater-Auftritt" in Kalkutta

dmt. Kalkutta, 29. November

Die sowjetische Regierungs-Delegation, an ihrer Spitze Ministerpräsident Bulganin und Parteisekretär Chruschtschew, erlebten am Dienstag in der bengalischen Hauptstadt Kalkutta den größten Empfang ihres Indien-Besuchs. Ueber eine Million Inder jubelten den sowjetischen Staatsmännern auf der Strecke vom Flugplatz zur Stadt zu. Menschentrauben klammerten sich an die Trittbretter und an den Kühler des offenen Kraftwagens, der dieser Belastung jedoch nicht gewachsen war und zusammenbrach. Bulganin und Chruschtschew mußten in ein Polizeiauto umsteigen.

Die sowjetischen Staatsmänner werden Mittwoch ihren Staatsbesuch in Indien unterbrechen und zu einem siebentägigen Besuch nach Burma weiterreisen. Sie erwidern damit den Besuch des burmesischen Ministerpräsidenten U Nu, der im Herbst nach Moskau gekommen war.

Die sowjetischen Staatsbesuche in den südasiatischen Ländern übertreffen an Theatralik und Raffinesse alles, was bisher auf diesem Gebiet geboten wurde. Nach ihrer Rückkehr aus Burma wollen die sowjetischen Staatsmänner noch für zwei Tage nach Neu Delhi reisen, um erst dann die entscheidenden Besprechungen über politische und wirtschaftliche Fragen mit Ministerpräsident Nehru zu führen. Vor diesen Gesprächen wollen sie Kaschmir besuchen, das zwischen Indien und Pakistan umstrittene Bergland im südlichen Himalaja.



Arthur Honegger

einer der repräsentativsten Vertreter der modernen Musik, ist in Paris im Alter von 63 Jahren gestorben.

Dulles: Deutschland wird nicht neutralisiert

Kabinett berät Ueberführung des Bundesgrenzschutzes - Schwere Waffen für sechs Divisionen

dmt. Bonn, 29. November

Führende amerikanische Kreise in Bonn wiesen am Dienstag die Mutmaßung, daß die NATO zugunsten einer bewaffneten Neutralisierung eines wiedervereinten Deutschlands „aufgeweicht" oder die deutsche NATO-Mitgliedschaft als Lockmittel für die Sowjets abgeschwächt werden könnte, mit aller Entschiedenheit zurück. Sie erklärten unserer Bonner Redaktion kategorisch: „Die NATO wird nicht angerührt." Hierüber bestehe volle Uebereinstimmung zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und der Bundesregierung. Jedes Liebäugeln mit einem einseitigen Aufopfern der NATO gleiche einem Hirngespinst.

Als praktische Illustration zu dieser festen amerikanischen Haltung brachte General Heusinger von der Pariser Tagung der Militärexperten der NATO die Nachricht mit, daß die USA von der Bundesrepublik nicht nur die schnellste Verwirklichung der Truppenaufstellung, sondern auch die unverzügliche Abnahme der bereitstehenden schweren Waffen für 6 Divisionen wünschen. Die amerikanische Regierung erwarte als ersten praktischen Schritt, daß die Uebernahme des Bundesgrenzschutzes in die Streitkräfte ohne weitere Verzögerung erfolge. Wie wir hierzu hören, wird das Bundeskabinett schon am Mittwoch die Vorlage über die Ueberführung des Bundesgrenzschutzes in die Streitkräfte beraten.

Nach unseren Informationen war in den Hauptstädten der westlichen Welt in der letzten Zeit der Gedanke an eine bewaffnete Neutralisierung Deutschlands als Preis für das sowjetische Zugeständnis einer Wiedervereinigung aufgetaucht, ohne allerdings schon zu amtlichen Ueberlegungen geführt zu haben. Angeblich sollen gewisse kanadische Regierungskreise diesen Plan befürworten.

Der Washingtoner dmt-Korrespondent berichtet dazu, daß auch in den USA oppositionelle Stimmen aufgetaucht sind, die eine Aenderung der amerikanischen Deutschland-Politik wünschen. So hat man die Neutralisierung Deutschlands empfohlen, zumindest aber eine Lockerung der NATO-Bindungen für die Bundesrepublik. Dabei steht die Befürchtung Pate, Deutschland könnte den russischen Lockungen folgen und selbst aus der NATO auszubrechen versuchen.

In London betont man, daß zwischen England und den USA eine neue Absprache notwendig sei, zumal die Linie des Westens klar sein müsse, wenn Bulganin und Chruschtschew im April zu einem Englandbesuch kommen. Dieser Besuch sei trotz der feindseligen Erklärungen Chruschtschews in Indien nach wie vor wünschenswert. Es wird in England als sicher angenommen, daß Eden noch vor diesem Besuch zu Gesprächen mit Eisenhower reisen wird.

Der amerikanische Außenminister Dulles erklärte am Dienstagabend auf seiner Pressekonferenz in Washington, daß der Westen auch nach dem Scheitern der Genfer Konferenz die Sowjetunion unter Druck halten müsse, um zu einer Einigung über die deutsche Wiedervereinigung zu kommen. Der sieben Jahre lang anhaltende Druck auf die Sowjetunion habe auch dazu geführt, daß Oesterreich seine Freiheit erhalten habe. Damit bestätigte der Außenminister indirekt die Erklärung amerikanischer Kreise in Bonn, wonach eine Aufweichung der NATO nicht in Frage kommt.

Königin von Europa

Man sollte sich mehr mit Europas alten Fürstengeschlechtern befassen. In der guten alten Zeit, bevor die Lichter Europas erloschen, wie Lord Grey es 1914 nannte, gehörte es wenigstens noch zum guten Ton, einiges über Ahnen und Enkel, Geschwister und Großtanten der regierenden Häuser zu wissen und wer wen wann zu welchem Zweck und mit welchem Effekt geehelicht hat. Wer es ganz weit brachte, konnte die Recken der Berliner Siegesallee, ohne ins Stottern zu geraten, auswendig von hinten bis vorn aufzählen, und es gab für ihn keinen Stammbaum, den er nicht als historischer Botaniker von der Wurzel bis zum Blatt zu erläutern gewußt hätte.

Heute ist das anders und die Genealogie zu einem Spezialgebiet historischer Professionals und zum hobby einiger Amateure geworden. So kommt es, daß sich mancher heute im Volk wundert, wenn er in der Zeitung liest, daß der auf der Marienburg in Niedersachsen residierende Welfenherzog Ernst August eigentlich ein Engländer ist. So jedenfalls hat es ein Londoner Appellationsgericht jetzt entschieden, an das sich der Herzog zur Feststellung seiner britischen Nationalität rechtheischend gewandt hat.

Um das genealogisch, d. h. ursprungmäßig zu verstehen, muß man schon auf die englische Königin Anna zurückgreifen und auf die englischen Gesetze jener Zeit, die die laxen Engländer in 2½ Jahrhunderten zu annullieren regelrecht vergessen haben. Aber wer von uns kennt noch die Königin Anna? Um das Urteil aber in seinen ganzen Auswirkungen und Zukunftsmöglichkeiten zu begreifen, muß man daran denken, daß es nicht etwa nur dem besagten Welfenherzog die britische Nationalität zuspricht: es gibt derzeit kein regierendes Herrscherhaus in Europa, das nicht auf Grund des Appellations-Urteils die britische Nationalität beanspruchen könnte!

Die beiden einzigen Ausnahmen sind der Spielbank-Fürst Prinz Rainier von Monaco und der Beherrscher der Idylle Liechtenstein. Alle anderen europäischen Monarchen und Monarchinnen können das Recht für sich in Anspruch nehmen, british subjects zu sein. Wird man rechtzeitig erkennen, welche Chance darin liegt?

Immer wieder heißt es, daß die Integration Europas daran scheitere, daß die Engländer in ihrer Nordsee-Kühle sich zu fern davon hielten. Wie, wenn die europäischen Republiken sich entschlössen, je einen Abkömmling der Königin Anna — und es stehen genügend zur Verfügung — zum Monarchen zu erheben? Dann wären sämtliche europäischen Länder unter Kronenträgern, die ihrerseits wieder in ihrer Eigenschaft als britische Staatsbürger der britischen Krone untertan wären. Wir hätten endlich die Königin von Europa, ob sie nun will oder nicht, und damit die lang ersehnte „Einheit"!

T. G.

In letzter Minute

Ein amerikanischer Düsenjäger raste am Dienstagabend kurz nach dem Start von dem Luftstützpunkt Eilson (Alaska) gegen einen Wohnblock und explodierte. Zwei Häuser gerieten sofort in Brand, mehr als vier Stunden kämpften mehrere Löschzüge gegen den Brand, bis sie das Feuer wenigstens lokalisieren konnten. Bisher wurden sechs Leichen aus den Trümmern geborgen. Die Luftstützpunktkommandantur rechnet damit, daß bei dem Unglück insgesamt 15 Menschen ums Leben gekommen sind.

Nach heftigen Angriffen aus der eigenen Fraktion traten am Dienstagabend sämtliche Minister der türkischen Regierung zurück. Nur Ministerpräsident Menderes erhielt von den Abgeordneten der Demokratischen Partei, der Regierungspartei des Landes, ein Vertrauensvotum. Menderes hatte anschließend eine Unterredung mit Staatspräsident Bayar und wird am Mittwoch seine Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung beginnen.

Die Tarifpartner in der eisenschaffenden Industrie Nordrhein-Westfalens stehen vor neuen Lohnverhandlungen. Wie der Arbeitgeberverband Eisen und Stahl und die Industriegewerkschaft Metall am Dienstag bestätigten, soll in den nächsten Tagen erneut Fühlung aufgenommen werden.

Nach fasteinmonatiger Abwesenheit ist die französische Delegation am Dienstag wieder in die UNO-Vollversammlung eingezogen. Die französische Regierung hatte ihre Delegation aus der UNO-Vollversammlung abberufen, um damit gegen die Aufnahme der Algeriendebatte in die Tagesordnung der UNO zu protestieren.

Ein schweres Verkehrsunglück, bei dem zehn Fahrgäste einer Straßenbahn schwer und 35 leicht verletzt wurden, ereignete sich am Dienstagabend auf der Kreuzung der Bundesstraße 57 mit der Bundesstraße 60 in Höhe der Mattheck-Siedlung in Moers, als der Fahrer eines aus Richtung Düsseldorf kommenden Straßenbahnzuges das Sperrzeichen der (erst vor wenigen Tagen auf der Kreuzung angebrachten) Verkehrsampel nicht beachtete. Ein aus Richtung Neunkirchen kommender schwer beladener Lastzug fuhr in den ersten Anhänger hinein und riß ihn und den zweiten Anhänger aus den Schienen.

WORTE DER BESINNUNG

Was noch zu leisten ist, das bedenke;
was du schon geleistest hast, das vergiß!
Ebner-Eschenbach

Dämmerung

Im Sommer besteht der Tag aus Nacht und Tag, im Herbst aus Tag, Dämmerung und Nacht. Die Dämmerung ist der Gewinn des Herbstes für jeden, der sie zu nutzen versteht.

Sie kommt ganz leise, senkt sich wie ein Schleier herab. Das wird merkbar an dem Unwillen, den unsere Augen bekunden, weil sie nicht mehr lesen mögen.

So legen wir das Buch aus der Hand, stochern am Ofen, stellen das Radio ab, zünden die Pfeife an und machen es uns im Sessel behaglich.

Der Blick wandert zum Fenster. Ein einsamer Tropfen läuft an der Scheibe herab. Vorne am Baum zittern die letzten Blätter, die beim großen Abschütteln vergessen wurden. Die Häuser ganz hinten verschwimmen in ihren Konturen. Sie dukken sich an den Boden. Selbst das Straßengeräusch klingt gedämpfter.

Das ist die Stunde des Alleinseins. Der Mensch kann sich selbst begegnen. Er kann einen Gedanken zur Welt bringen oder ein Gespräch mit sich selber führen und sich versenken ins Nichts. Dann wird er neu geboren, weil er das, was er wirklich ist, an die Oberfläche bringen kann.

So ist Dämmerung die Stunde neuen Entstehens, wenn sie richtig genutzt wird. Alles abschalten, sogar das Radio, und in bester Gesellschaft sein, in Gesellschaft mit sich selbst, dazu lädt die Dämmerung ein.

Elinor

Halver

„Lechterstunne" im Kulturkreis

Wir weisen noch einmal darauf hin, daß die besinnlich-heitere „Lechterstunne — Ne Mule vull Platt un süs noach wat" mit dem bekannten westfälischen Maler-Poeten Heinz Wever am Sonnabend, dem 3. Dezember stattfindet, und zwar, wie üblich, im Aufenthaltsraum der Firma Heinr. Jung & Sohn (Jungschmiede), Herpinerweg. Gäste sind herzlich willkommen.

Landwirtschaft nutzte Bundeskredite

Fast 600 Millionen DM wurden in den ersten 8 Monaten dieses Jahres für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (ohne Wohngebäude und Nebenerwerbssiedlungen) genehmigt. Dagegen erreichten die im ganzen Jahr 1954 fertiggestellten Bauten nur 444 Mill. DM. Die Landwirtschaft hat die im Bundeshaushalt bereitgestellten Mittel für die Verbilligung von Bundeskrediten voll in Anspruch genommen. Vom 1. 4. 1954 bis 30. 9. 1955 wurden mit 11,9 Mill. DM 38 579 Kredite von zusammen 330 Mill. DM verbilligt. Von den begünstigten Krediten entfielen auf Nordrhein-Westfalen 21.2 v. H.

Fernsehen dringt aufs Land

Auf das Fünffache sind die offiziellen Fernsehgenehmigungen in den Gemeinden unter 2000 Einwohnern vom 1. 4. 1954 bis 31. 3. 1955 gestiegen. Damit hatten in diesen Orten ab 1. 4. 1955 13 863 Haushalte Fernseherlaubnis, wie das Stat. Bundesamt mitteilt. Auf 1000 Haushalte kommen dort danach 4 Fernsehapparate und auf 1000 Rundfunklizenzen 5,5 Fernsehgenehmigungen. Das Fernsehen hat seit dieser Zeit seinen Siegeszug auch in den Landgemeinden fortgesetzt. Die Gesamtzahl der Genehmigungen in allen Städten und Gemeinden des Bundesgebietes erhöhte sich im Oktober auf 228 536.

Wieder ein Gerichtstag

Der nächste Gerichtstag findet am morgigen Donnerstag im Sitzungssaal des Amtshauses statt. Er beginnt wie stets pünktlich um 8.30 Uhr.

Schalksmühle

Im Kranz der goldenen Myrte

Das Fest der goldenen Hochzeit feiern morgen die Eheleute Ewald Aldermann und Frau Alma geb. Bender, Kirchgasse. — Beide Ehegatten erfreuen sich in Schalksmühle größter Beliebtheit und werden an ihrem Ehrentage vielseitiger Glückwünsche und Aufmerksamkeiten gewärtig sein können. Auch die Heimatzeitung schließt sich den Gratulanten an.

Ein silbernes Jubelpaar

Ihr silbernes Hochzeitsfest feiern morgen die Eheleute August Ludwigsen und Frau Agnes, geb. Gille, am Roggenhagen 17. Die Heimatzeitung entbietet herzliche Glückwünsche.

Die Heimatzeitung gratuliert

Brügge. Heute kann Frau Anna Dahlhaus geb. Becker, Wahrde 34 IIa, ihren 81. Geburtstag in geistiger und körperliche Frische begehen.

Oberbrügge. Witwe Karoline Hartmann, Heerstraße, kann morgen ihren 81. Geburtstag begehen.

Steuerermäßigung bei Berufskrankheit

Der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen hat bestimmt, daß der Pauschbetrag für Körperbeschädigte nach den Lohnsteuerrichtlinien, die als Verwaltungsanweisungen maßgebend sind, dann gewährt wird, wenn der Prozentsatz der Minderung der Erwerbsfähigkeit durch eine amtliche Bescheinigung nachgewiesen wird. Personen, die an einer Berufskrankheit leiden, z. B. Silikose, können den Nachweis der Berufskrankheit und den Grad der Erwerbsminderung durch eine Bescheinigung der zuständigen Versorgungsbehörde, z. B. Berufsgenossenschaft, beibringen. Der in dieser Entscheidung rechtskräftig festgestellte Grad der Erwerbsminderung wird bei Gewährung des nach dem Schadensgrad zustehenden steuerfreien Pauschsatzes zugrunde gelegt.

Diese Regelung gilt entsprechend auch für Steuerpflichtige, die zur Einkommensteuer veranlagt werden.

Eingriff in die Grundrechte der Selbstverwaltung

Beweise kommunaler Unkenntnis auf Bundesebene - Einmütig gegen solche Machenschaften
Aus der Hauptversammlung des Städtetages von Nordrhein-Westfalen

Wir ergänzen unseren Allgemeinbericht über die Bonner Hauptversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen im politischen Teil unserer gestrigen Ausgabe, weil wir meinen, daß mit dem Tenor dieser recht bedeutsamen Veranstaltung auch der Bürger unserer Gemeinde bekanntgemacht werden muß. Wandten sich doch die Vertreter dieses kommunalen Spitzenverbandes in den beiden Vormittags-Referaten und mit der Beschlußfassung am Nachmittag eindeutig gegen die Empfehlungen und Planungen des Bundeswirtschaftsministeriums sowie gegen einen Teil der Anträge aus der Berliner Sitzung des Bundestages. Mit ihnen bemühte man sich zwar um die Ueberwindung der überhitzten konjunkturpolitischen Lage, sie stellten aber zugleich einen starken Eingriff in die demokratischen Grundrechte der kommunalen Selbstverwaltungen dar.

Es wurde zunächst mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß nach dem Grundgesetz gar keine öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen Bund und Gemeinden bestehen, und darum die Gemeinden nur von den Ländern im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten angewiesen werden können. Mehrere Male brachten die Referenten und der Versammlungsleiter zum Ausdruck, daß man lieber alles das, was man von den Gemeinden wünsche, im ruhigen Gespräch zwischen Regierung und Spitzenverbänden erörtern sollte, als Beschlüsse zu fassen, die die Fronten nur verhärteten.

ABSOLUT EINSEITIG

Beigeordneter Jacobi befaßte sich z. B. mit der Empfehlung des Bundeswirtschaftsministers, aus Gründen der Verbesserung des Preisklimas die Energiepreise noch einmal zu überprüfen und zu senken. Dazu führte der Referent u. a. aus, daß sich die Kommunen zur Gesunderhaltung des eigenen Haushalts um eine kostenechte Gestaltung der Preise für Strom, Gas und Wasser bemühten und dabei gleichzeitig bestrebt seien, ihren Abnehmern, also den Bürgern, die günstigsten Tarife anzubieten. Im Gegensatz dazu seien die staatlichen Preise der verschiedensten Güter nach wie vor wesentlich überhöht.

Die Empfehlung sei absolut einseitig gesehen und lasse die übrigen Bereiche der kommunalen Wirtschaft ganz außer acht. Nach den Haushalten der deutschen Städte würden im Bundesdurchschnitt z. B. auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft nur 88,8 Prozent der Ausgaben durch Einnahmen gedeckt, auf dem Gebiet der Müllbeseitigung nur 86,3 Prozent, des Bestattungswesens 62,5 Prozent, der Badeanstalten und ähnlicher Betriebe 63,4 Prozent, der Straßenreinigung, Beleuchtung und des Fuhrparks 48,7 Prozent, der Park- und Gartenanlagen 17,9 Prozent und des Feuerlöschwesens nur 23 Prozent. Trotz dieser starken Belastung bemühten sich auch die Unternehmen, deren Tarifpreise unverhältnismäßig niedrig sind, einstweilen von betriebswirtschaftlich gerechtfertigten Erhöhungen abzusehen. Es würde also ohnehin von den Gemeinden in der Energiewirtschaft alles getan, um zur Entspannung der Lage beizutragen.

PROBLEMATIK DER BAUKOSTENSTEIGERUNG

Dann beschäftigte sich der Referent mit der Empfehlung des Bundesministeriums, die Dringlichkeit der öffentlichen Bauvorhaben zu überprüfen, um durch Drosselung des Volumens auch die Hochkonjunktur im Bauwesen wieder in normale Bahnen lenken zu können. Nachdem Jacobi zunächst die ganze Problematik der Baukostensteigerung aufgezeigt hatte, wies er an Hand statistischen Materials darauf hin, daß im ersten Halbjahr 1955 bundesdurchschnittlich 50 Prozent aller Bauinvestierungen für den Wohnungsbau verwandt worden seien, 25 Prozent für gewerbliche und industrielle Bauten und 25 Prozent für öffentliche Bauten. Für diese letzten seien insgesamt 268 Millionen Arbeitsstunden errechnet worden, von denen nur 80 Millionen auf den Hochbau und 198 Millionen auf den überall außerordentlich dringlichen Tiefbau entfielen.

SCHWERSTE SOZIALE SCHÄDEN

Es frage sich darum, was von den Städten Nennenswertes zur Entlastung des Baumarktes getan werden könne. Weder der Wohnungs- und Schulbau noch der Straßenbau dürften eingeschränkt werden. Eine Vernachlässigung dieser Aufgaben würde schwerste volkswirtschaftliche und soziale Schäden zur Folge haben.

In diesem Sinne wurde auch am Nachmittag eine einstimmig angenommene Entschließung gefaßt. Der Referent brachte schließlich zum Ausdruck, daß durch die immer stärker werdende Verschuldung fast aller Gemeinden und Gemeindeverbände für 1955 und 1956 gerade im Hochbau kaum noch mit einer nennenswerten Steigerung zu rechnen sei.

Erster Beigeordneter Dr. Sattler befaßte sich dann mit zwei der in der Berliner Bundestagssitzung gestellten Anträge über die Einlagenpolitik der öffentlichen Hand und die Ueberprüfung der Realsteuergesetzgebung.

SACHFREMDE STELLE

Nach dem ersten Antrag sollen die Städte bei allen Banken ihres Ortes Konten unterhalten. Alle öffentlichen Einrichtungen müssen ihre Konten bei der Landeszentralbank anlegen. Mit größter Entschiedenheit wandte sich der Beigeordnete gegen solche Machenschaften und führte dazu aus: „Das geforderte Gesetz würde eine gefährliche Handhabe für dirigistische Maßnahmen bieten, die mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung nichts mehr zu tun haben. Es würde ein bedenklicher finanzwirtschaftlicher Zentralismus geschaffen, der einer parlamentarisch nicht kontrollierten Zentralstelle eine außerordentlich weitreichende Vollmacht über Mittel der Gemeinden einräumt. Die Geld- und Finanzgebahrung allein der über 24 000 Gemeinden sowie die große Masse der sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften würde nach schematischen Richtlinien von einer sachfremden Stelle dirigiert werden, was allein schon verwaltungsmäßig ohne schwere Störungen gar nicht durchführbar ist.

SCHWERER EINGRIFF

Auch die Auswirkung auf die Sparkassen dürfte nicht übersehen werden. Ein plötzliches Anziehen der Gelder von diesen Kassen und die Ueberführung auf die Landeszentralbank müßte für die eigenen Sparkassen verhängnisvolle Folgen mit sich bringen. Diese Maßnahme wäre nicht zuletzt ein schwerer Eingriff in das den Gemeinden garantierte Selbstverwaltungsrecht. Diese Bedenken würden noch verstärkt, wenn das Gesetz, wie die Einleitung zum Antrag befürchten läßt, den Landeszentralbanken eine über den Anlagezwang hinausgehende „Dispositionsbefugnis" eingeräumt werden sollte, die u. a. in einer Genehmigung über die Verwendung oder Abhebung der Gelder bestehen könnte.

MIT GROSSER SORGE BETRACHTET

Zum Thema Realsteuergesetzgebung brachte Dr. Sattler zum Ausdruck, daß auch dieser Antrag von größter Wichtigkeit sei und auf der kommunalen Ebene mit großer Sorge betrachtet würde; zumal der Antrag zunächst nicht erkennen lasse, in welchem Zusammenhang er mit den konjunkturpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung stehe. „Was ist die Absicht, die hinter dieser Ueberprüfung steckt?", so fragte der Referent. „Wir haben inzwischen erfahren können, daß es sich um eine Reform der Gewerbesteuer handeln soll mit dem Ergebnis, daß der Höchstsatz von fünf auf drei Prozent gesenkt wird. Damit würde die einzige Steuer, die der Gemeinde zugute kommt, rund 50 Prozent weniger Einnahmen bringen.

UNMÖGLICHE SITUATION

Damit wären die Städte vor eine unmögliche Situation gestellt. Allein die Gewerbesteuer hat die Gemeinden auf der Einnahmeseite an der Konjunktur teilnehmen lassen, während ihre Ausgabenseite voll deren Konsequenzen tragen muß. Die Gewerbesteuer macht aber in den Haushaltungen nur zwischen 20 und 30 Prozent aus. Demgegenüber haben bei Bund und Ländern etwa 70 bis 80 Prozent der Einnahmen an dem konjunkturellen Aufschwung teilgenommen. Will man den Gemeinden nicht einmal diese einzige ins Gewicht fallende Einnahmesteigerung lassen? Glaubt der Bundestag allen Ernstes an das Märchen, die Gemeinden schwämmen im Gelde? Die Schulden der Gemeinden sind in den letzten Jahren geradezu alarmierend gestiegen.

VERSAMMLUNG EINMUTIG

In der folgenden Aussprache stellte sich die Versammlung vollinhaltlich hinter die Kritik der beiden Referenten. U. a. fiel auch das harte Wort von der Kommunalunkenntnis, als gemilderte Form der Kommunalfeindlichkeit verschiedener Bundestagsabgeordneter. Einstimmig wurden die Vertreter des Städtetages, die am Nachmittag zu Verhandlungen an der maßgeblichen Bundestagsausschußsitzung teilzunehmen hatten, beauftragt, diesen von den Referenten geäußerten Standpunkt auch dort zu vertreten.



Reise von 32000 km

Von Oberbrügge zu Palmen und Mitternachtssonne

Otto Bauckloh wandert durch die Welt — Eine Fülle von Farbaufnahmen

Viele kennen den schlichten Oberbrügger Jungen Otto Bauckloh, der mit seinem Rucksack durch die Straßen wandert. Wer hätte dem früheren Packer zugetraut, daß er einen so tiefen Blick für die Schönheiten der Natur in sich hat. Aber schon als Kind hat er sich mit der Pflanzen- und Tierwelt besonders beschäftigt. Sein scharfer fotografischer Blick half ihm dabei, die Dinge in Wald und Feld mit besonderen Augen zu sehen.

So kam der Tag, an dem er seinen Beruf an den Nagel hing und sich ganz dieser Aufgabe widmete. Schon bald war ihm die engere Heimat zu eng und sein Drang, die Schönheiten anderer Erdteile kennen zu lernen, sollte in Erfüllung gehen. So hat er in einer Reise von 32 000 km von den kanarischen Inseln bis Spitzbergen zum 80. Breitengrad alles festgehalten, was ihm von besonderem Wert schien.

Die Ausbeute, natürlich in Farbfilmen, war der Gegenstand eines Farbfilmvortrages im Hotel Süderland. Die, die einen Einblick in das Schaffen dieses Naturfreundes tun konnten, waren begeistert. Er führte seine Besucher zunächst durch den Frühling in Deutschland, durch die Schönheiten der Lüneburger Heide, ging dann durch den Böhmerwald in das farbenfrohe Berchtesgadener Land. Dann aber ging es zu Europas Vulkanen in Süditalien und Sizilien, weiter nach Portugal, Spanien und zu Teneriffas Bananen, Blumen und Palmenküste. Eindrucksvoll gestalteten sich die Bilder der Mitternachtssonne über Spitzbergen und dem nördlichen Eismeer. Nordlands Schönheiten, Oslo, Gudbrandsdahlen, Jötunheim, eine Wanderung zum Polarkreis und dem Nordkap — alles das hatte Bauckloh in seiner Farbenpracht auf den Film gebannt.

5 Jahre Bundesversorgungsgesetz

Verbesserung der Kriegsopferversorgung

150 Millionen DM für Erhöhung der Ausgleichsrenten — Ab 1. Januar 1956

4 308 300 Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene gibt es in der Bundesrepublik. Der Bundestag hat vor 5 Jahren das Bundesversorgungsgesetz und die inzwischen verabschiedeten vier Aenderungsgesetze einstimmig angenommen.

Der Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1955/56 sieht für Versorgungsbezüge 2787 Millionen DM vor. Das ist kein bescheidener Haushaltsposten, aber man muß ihn in Beziehung setzen zu der Zahl von 4,3 Millionen Kriegsversehrten und Kriegshinterbliebenen.

Fünfte Novelle zum Bundesversorgungsgesetz

Die zuständigen Ausschüsse des Bundestages beschäftigen sich gegenwärtig mit einem von den Regierungsparteien eingebrachten Initiativgesetzentwurf zur Aenderung und Ergänzung des Bundesversorgungsgesetzes. Das beantragte Aenderungsgesetz bezweckt im wesentlichen eine Erhöhung der Ausgleichsrenten. Es heißt im Antrag:

„Die volle Ausgleichsrente beträgt monatlich bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit

um 50 vom Hundert	62 DM
um 60 vom Hundert	65 DM
um 70 vom Hundert	75 DM
um 80 vom Hundert	93 DM
um 90 vom Hundert	113 DM
bei Erwerbsunfähigkeit	140 DM"

Weitere Bestimmungen des beantragten Gesetzentwurfes befassen sich mit der Heilbehandlung und mit einer Pflegezulage für Kriegsblinde, Ohnhänder, Querschnittsgelähmte. Witwen sollen im Falle der Wiederverheiratung

an Stelle des Anspruchs auf Rente

eine Abfindung in Höhe des Sechsunddreißigfachen der monatlichen Grundrente einer erwerbsunfähigen Witwe erhalten.

Die fünfte Novelle zum Bundesversorgungsgesetz soll am 1. Januar 1956 in Kraft treten. Bundesfinanzminister Schäffer hat sich bereiterklärt, 150 Millionen DM für die Verbesserung der Kriegsopferversorgung bereitzustellen. Dieser Betrag wird in erster Linie der Erhöhung der Ausgleichsrenten dienen.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik hat bisher über 20 Millionen DM aufgebracht, um die sozialen Notstände zu mildern. Die Sozialaufwendungen stellen

40 Prozent der Ausgaben

des Bundeshaushalts dar. Das entbindet nicht von der Pflicht, immer wieder nach Wegen zu suchen, um weitere Verbesserungen besonders der Kriegsopferversorgung herbeizuführen. Der Präsident des Bundestages Dr. Gerstenmaier sagte kürzlich:

„Der Staat hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Rang und Würde der Kriegsopfer im Bewußtsein des Volkes lebendig bleiben und daß die Versorgung als Rechtsanspruch und nicht als Fürsorge gewertet und anerkannt wird. Eine neue Sozialordnung aus dem Geiste echter sozialer Gerechtigkeit ist in der gegenwärtigen Situation von überragender Bedeutung."

Ehemaliger Lüdenscheider OB wurde Bürgermeister von Werdohl

In der gestrigen Sitzung des Rates der Stadt Werdohl wurde der ehemalige (bis 1945) Oberbürgermeister der Stadt Lüdenscheid, Otto Hagedorn, mit den Stimmen der FDP- und CDU-Fraktionen für ein Jahr zum Bürgermeister von Werdohl gewählt. Die SPD-Fraktion nahm an dieser Wahl nicht teil.

Friedlaenders Plan

wk. - Der Friedlaender-Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands, elf Tage nach der Genfer Konferenz erfreulicherweise von einem europäischen Forum in Berlin beschlossen, basiert auf bisher nicht diskutierten Ueberlegungen. Er entspricht dem bekannten westlichen Programm, indem er freie Wahlen als ersten Schritt vorsieht. Dem östlichen Programm entspricht er formal nur insofern, als er die Schaffung eines gesamtdeutschen Gesprächspartners ins Auge faßt.

Friedlaenders Plan unterscheidet sich aber auch von einigen Vorstellungen der vier Mächte. Er verzichtet auf das in Genf vorgetragene westliche Junktim zwischen Wiedervereinigung und europäischer Sicherheit. Er verzichtet außerdem auf eine Entscheidungsfreiheit der gesamtdeutschen Regierung. Der internationale Status Gesamtdeutschlands soll nämlich schon von der gesamtdeutschen Vertretung ausgehandelt werden. Da diese Vertretung von einer aus freien Wahlen hervorgegangenen Nationalversammlung ernannt wird, bleiben die Grundsätze der Freiheit unangetastet.

Friedlaenders Plan unterscheidet sich sehr wesentlich von den in Genf präzisierten sowjetischen Vorstellungen. So ist die geplante gesamtdeutsche Vertretung keinesfalls mit jenem Gesamtdeutschen Rat vergleichbar, den Molotow am 2. November vorgeschlagen hat. Dieser Rat sah Parlamentarier aus Bonn und Pankow vor, die sich nur über eine Annäherung, nicht aber über eine Wiedervereinigung beider Teilstaaten unterhalten sollten.

Das Bemerkenswerteste an der neuen Initiative darf indessen in dem Vorschlag gesehen werden, daß bei freien Wahlen das kommunistische DDR-System nicht automatisch liquidiert wird. Bundesrepublik und DDR bestehen nebeneinander, bis der Status Gesamtdeutschlands ausgehandelt ist. Auf diese Weise, so läßt sich Friedlaenders Vorschlag interpretieren, sollen der Sowjetunion freie Wahlen schmackhaft gemacht werden. Bei aller Skepsis gegenüber den Erfolgsaussichten dieses Planes sollte mit Genugtuung registriert werden, daß durch diesen Vorstoß ein neuer deutscher Beitrag zu der internationalen Diskussion um die deutsche Zukunft geliefert wird. Nach den Worten des belgischen Außenministers Spaak am Sonntag in Berlin, wartet das Ausland auf die deutsche Stimme.

30 Sudanesen hingerichtet

dmt. Kairo, 29. November

Wegen Beteiligung an dem Militärputsch im südlichen Sudan, bei dem im August eine Reihe von Beamten ermordet worden war, sind jetzt 30 Sudanesen hingerichtet worden.

Die arabische Nachrichten-Agentur berichtete am Dienstag, daß der Gouverneur des Sudans, Sir Alexander Knoxhelm, bisher 84 Todesurteile bestätigt habe. Insgesamt wurden 168 Teilnehmer an der sudanesischen Meuterei zum Tode verurteilt.

Präsident Eisenhower sandte am Dienstag aus Anlaß des 10. Jahrestages der Proklamation der Jugoslawischen Republik ein Glückwunschtelegramm an Staatspräsident Tito.

Maßgebliche Kreise der DP sprachen sich am Dienstag in Bonn gegen die Ernennung eines Parlamentsbeauftragten für die Streitkräfte (als oberste Beschwerdeinstanz) aus, weil hierdurch das Vertrauen der Truppe zu ihren Vorgesetzten untergraben werden könnte.

Umstrittene Rollermobile

Schon Auto oder noch Motorrad?

Die Kraftfahrzeugindustrie hat bewiesen, daß sie schneller neuartige Fahrzeuge auf den Markt bringen kann, als behördliche Instanzen imstande sind, diese Fahrzeuge in die althergebrachten Typenbezeichnungen einzuordnen. Auf den Straßen begegnet man den verschiedensten „Rollermobilen", die ihren Besitzern das Gefühl geben, nunmehr auch in die Reihe der Automobilisten aufgenommen zu sein. Die Eigentümer von Kleinstwagen, Kabinenrollern und ähnlichen Fahrzeugen konnten sich um so eher als Automobilisten fühlen, weil für die Führung solcher Vehikel der Führerschein der Klasse 3 (Personenkraftwagen) verlangt, weil die Kraftfahrzeugsteuer und Versicherung nach dem Satz für Kraftwagen berechnet, und auch — im Falle einer Verzollung des Fahrzeuges — Zoll für einen Kraftwagen erhoben wird.

Groß ist das Erstaunen bei diesen Automobilisten aber gewesen, als sie von ihrer Lohnsteuerstelle erfuhren, daß sie bei der Ermittlung eines Steuerfreibetrages für Werbungskosten nicht etwa den Satz für Personenkraftwagen in Höhe von je 50 Dpf. pro Doppelkilometer, sondern nur den Satz von 22 Dfg. für Krafträder anrechnen dürfen.

In dieser unterschiedlichen Behandlung dürfte wohl mit Recht ein unhaltbarer Zwiespalt zu sehen sein. Dies gilt auch dann, wenn man davon ausgeht, daß bei der Eingruppierung in die einzelnen Gruppen der finanzielle Aufwand für die Unterhaltung des Kraftfahrzeuges maßgebend sein soll.

Der Automobilclub von Deutschland (AvD) hat sich demgemäß in einer Besprechung im Bundesfinanzministerium zusammen mit anderen Vereinigungen dafür eingesetzt, die Kleinstwagen usw. zumindest so lange in die Gruppe der Kraftwagen einzustufen, bis die Gesetzgebung eine besondere Gruppe für die Kleinstautomobile, Kabinenroller usw. geschaffen hat. Inwieweit das Bundesfinanzministerium geneigt ist, diesem Gedanken Rechnung zu tragen, bleibt abzuwarten. Die Tendenz scheint dahin zu gehen, bis zur Schaffung einer neuen Fahrzeuggruppe die Kleinstwagen je nach ihrem Hubraum, ohne Rücksicht auf die Anzahl der Räder, einmal zu den Motorrädern und zum andern zu den Kraftwagen zu schlagen. Eine zufriedenstellende Lösung wird auf diese Weise kaum erfolgen, da nach Ansicht des AvD der Hubraum allein kein Maßstab für Kennzeichnung der Fahrzeuggattung sein kann.

Der kernige Stamm der Westfalen

Von P. D. Frommann-Hagen

Unsere Vorfahren im 18. Jahrhundert kannten auch die schädlichen Wirkungen des Alkohols und Nikotins. Ein 1786 im Gerichtsbezirke Hagen beerdigter 89jähriger Mann war von „äußerst fester Gesundheit, hat höchst einfach gelebt, niemals Thee, Caffee, Bier oder Branntwein, sondern nur klares Wasser getrunken." — Im Amte Hörde starb 1776 ein Greis im Alter von 99 Jahren, der „niemals Krankheit ausgestanden, sich kümmerlich ernährt, doch viel Tabak geraucht." — Auch eine „ledige Frauensperson (Name und Ort sind nicht angegeben) von 93 Jahren hat täglich bis zu ihrem Ende viel Tabak geraucht." Ueber den „geringen Bürger Wilhelm V. zu Schwelm" wunderte man sich, daß er „95 Jahre alt geworden, ohngeachtet derselbe bis an sein Ende den Branntwein geliebet." Hätten diese drei Personen bei Meidung von Alkohol und Nikotin nicht auch über 100 Jahre alt werden können?

Auch in unserer Zeit haben in unserer Gegend Menschen eine Lebensdauer von 100 und mehr Jahren gehabt, z. B. die 1814 zu Elsen bei Herscheid geborene Wilhelmine Scheffen, die als Witwe Adamy in Lüdenscheid 103 Jahre alt geworden ist. Der Landwirt Peter Lichtenhagen in der Gemeinde Kierspe starb 1922 im Alter von 100 Jahren, und Friedrich Hammerschmidt zu Himmelmert feierte 1925 seinen 100. Geburtstag, ist aber im folgenden Jahre gestorben.

Aber im Verhältnis zu der großen Volksmenge, die nun im Gebiet der ehemaligen Grafschaft Mark, zum Teil dicht gedrängt beieinander wohnt, sind hundertjährige Menschen eine Seltenheit. Im Lebensalter steht die Gegenwart heute weit zurück hinter dem 18. Jahrhundert. Die Ursachen davon liegen teils in der wenig der Gesundheit förderlichen Beschäftigung vieler Menschen in abgeschlossenen Räumen, zum großen Teil aber auch in der heutigen Lebensweise, die, namentlich in den Großstädten, mit ihren Vergnügungen und Zerstreuungen mancherlei Art dem Wohlbefinden des Körpers oft mehr schadet als anstrengende Arbeit.

Waffen wurden ausgeladen

pf. Kairo, 29. November

Eine neue Lieferung Waffen aus der Tschechoslowakei ist in Aegypten eingetroffen. Teile des Hafens von Alexandria waren abgesperrt, während nachts riesige Kisten von einem Frachter unbekannter Nationalität ausgeladen wurden. Sie waren von dem Umfang eines großen Kraftwagens, konnten aber auch Panzer oder Lastwagen enthalten. Die Riesenkisten wurden auf schweren Spezialtiefladern der Armee abtransportiert. Auch der Flughafen in Alexandria war gleichzeitig streng abgeriegelt. Wie verlautet, wurden dort 46 große Kisten geöffnet, die MIG-Düsenflugzeuge enthalten sollen.

Diese Ladung war ein Teil der Waffenlieferungen aus der Tschechoslowakei im Gesamtwerte von etwa 80 Millionen Pfund, für die Aegypten mit Baumwolle, Reis usw. bezahlt. Größtes Stillschweigen und strengste Geheimhaltungsmaßnahmen umgeben die Waffenlieferungen, von denen die erste an Bord des sowjetischen Dampfers „Stalingrad" am 24. Oktober in Alexandria eintraf und 133 Kisten mit Kriegsmaterial umfaßte. „Niemand weiß, was die Kisten enthalten" sagte Premierminister Nasser neulich, „und niemand wird es erfahren." — Vor einiger Zeit verlautete, Aegypten habe von der Tschechoslowakei sechs Unterseeboote, 24 Düsenbomber, 100 MIG-15-Düsenjäger und 150 Stalin-IV-Panzer gekauft.

Kurz notiert

Die Sowjetzonen-Agentur adn veröffentlichte am Dienstag ein Interview, das Oberst v. Bonin, der ehemalige Mitarbeiter des Amtes Blank, dem Bonner adn-Korrespondenten gab. „Ich halte einen gesamtdeutschen Rat nach wie vor von höchster Aktualität und für dringend notwendig", erklärt Bonin. „Hoffentlich finden sich auch in Westdeutschland genügend Personen des öffentlichen Lebens, die den Mut aufbringen, das deutsche Gespräch in Gang zu bringen."

Der sowjetische Stadtkommandant von Ostberlin, Generalmajor Dibrowa, wies am Dienstag einen Protest seines amerikanischen Kollegen, General Dasher, über die Verhaftung von amerikanischen Parlamentariern am vergangenen Sonntag in Ostberlin zurück. Als Begründung gab Dibrowa an, Ostberlin sei „kein benützter Sektor der Hauptstadt der souveränen Deutschen Demokratischen Republik".

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat den Westberliner Bürgermeister Dr. Suhr für Donnerstag zu einer Aussprache über schwebende Berliner Fragen eingeladen. Suhr hat die Einladung angenommen.

Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer setzte sich am Dienstag vor den Mitgliedern der Vorstände seiner Partei und der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn für eine Aktivierung der deutschen Bemühungen um die Wiedervereinigung ein.

Ein ständiger Ausschuß aus Vertretern des Bundesverkehrsministeriums, der Bahn, des Straßenverkehrs und der Binnenschiffahrt soll Vorschläge zur Zusammenarbeit und Aufgabenteilung der Verkehrsträger erarbeiten, beschlossen am Dienstag die leitenden Vertreter von Eisenbahn, Straße und Binnenschiffahrt, die von Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm empfangen wurden.

Unter dem Vorsitz von Außenminister Dr. v. Brentano werden am 8. und 9. Dezember die Botschafter der Bundesrepublik in den europäischen Ländern sowie einige der in außereuropäischen Staaten akkreditierten Missionschefs zu einer Botschafterkonferenz im Auswärtigen Amt zusammentreten.

Polizei zum Narren gehalten

Duisburg. Das Schöffengericht in Duisburg bestrafte einen 23jährigen Mann aus Duisburg mit einem Monat Gefängnis, weil er am 12. April mitten in der Nacht einen tollen Wirbel im Polizeipräsidium verursacht hatte. Er erklärte damals, er habe seine Geliebte erstochen, und als die Mordkommission nach der angeblichen Mordstelle in Marsch gesetzt war, verkündete er, er habe schon 25 Schlaftabletten eingenommen. Während der Mann ins Krankenhaus gebracht wurde, wo ihm ergebnislos der Magen ausgepumpt wurde, stellte die Mordkommission fest, daß die angeblich ermordete Geliebte friedlich in ihrem Bett lag und schlief.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Oesterreich in den letzten 18 Monaten stellt der Jahresbericht des Europäischen Wirtschaftsrates in Paris (OEEC) mit Genugtuung fest, daß Oesterreich bei einem ungewöhnlich starken Produktionsanstieg praktisch die Vollbeschäftigung erreicht hat. Die Preise und Löhne seien nahezu stabil geblieben.

4R Raumklang Graetz RADIO

Leupin Creme u. Seife 40 Jahre bewährt bei Gesichts-Ausschlag, Pickel, Wundsein, Haut-Jucken-Ekzem usw. Leupin-Tee blutreinig., abführend. i. Apth. u. Droger.

Schäferhund
gut 1½ Jahre alt zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgem. Anzeiger



Täglich UNDERBERG und Du fühlst Dich wohl!

Ihre Haut hungert nach CREME MOUSON mit Tiefen-Wirkung
-,60 1,- 1,50
die Ihren Teint und Ihre Hände schützt und schön erhält.

Mercedes



Die Herzen auf zum frohen Geben, mit Schuhen greift man nie daneben, Sie suchen bei uns Schuhe aus und bringen damit Glück ins Haus!
Schuh Eickhoff
gegenüber der Post
Telefon 640

Heute Versteigerung
Auto-Veiling, Wattenscheid

Wer schlachtet?
Gewürze in bester Güte
Därme aller Art
liefert fast 40 Jahre
Drogerie Menke
Fernruf 281

ATLANTIK-Waschmaschinen
auch für Ihren Haushalt.
Teilzahlung - Viele Dankschreiben.
Verlangen Sie Gratiskatalog von
E. Graumann · Rummenohl 4 in Westf.

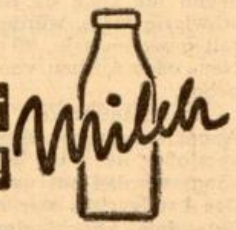
Ihre Golduhr gewinnt an Eleganz und wird zum aparten Schmuckstück, wenn sie ein passendes Goldband ziert. Unter einigen Dutzend goldener Uhrbänder finden Sie bei mir bestimmt das Stück, das auch wirklich zu der Uhr paßt, das beide Teile zu einer Einheit macht. Es lohnt sich schon deshalb, einmal nach Dortmund zu fahren.
Rüdenbeck
Dortmund, Westenhellweg 45

Milch?-Jawohl!
Ihr Wert ist höher als ihr Preis



Ein bekannter Arzt nannte die Milch kürzlich mit Recht „Ein Wunder der Schöpfung", weil sie alles, was der Mensch an Nähr- und Aufbaustoffen braucht, in vollkommener Weise enthält. Es gibt tatsächlich kein anderes Nahrungsmittel und erst recht kein anderes Getränk, das verglichen mit den Preisen die gleichen Gegenwerte an Nährstoffen zu bieten vermag wie die Milch.

Milch IST UND BLEIBT PREISWERT!



Torpedo-Koffer-Schreibmaschine
mit Tabulator wenig gebraucht, sehr preiswert abzugeben.
Joh. Chr. Herdepe Söhne
HALVER
Telefon 160

Zum Schlachtfest
Gewürze beste Qualität
Därme aller Art
Drogerie Craemer
Telefon 122